



# BERLINER INFORMATIONSDIENST

→ zur Steuerpolitik

## → TOP-ISSUES

### BUNDESPARTEITAG: DIE STEUERPOLITISCHEN POSITIONEN DER CDU →

Auf ihrem Bundesparteitag vom 03.12. bis zum 05.12.2012 in Hannover hat die CDU auch ihre steuer- und finanzpolitischen Positionen bekräftigt. In ihrem einstimmig angenommenen Leittrag „Starkes Deutschland. Chancen für Alle!“, der CDU und CSU als Wahlprogramm dienen soll, betont sie unter anderem, dass ein verantwortliches Unternehmertum faire Rahmenbedingungen braucht. Verwiesen wird auf die erzielten Fortschritte, die von der Vereinfachung der Unternehmensnachfolge über eine Entschärfung der gewerbesteuerlichen Hinzurechnung bis hin zu einer Abmilderung der Zinsschranken reichen. Auch seien Unternehmen i. H. v. 12 Mrd. Euro durch eine Verringerung der staatlichen Informationspflichten entlastet worden. Weitere Schritte zum Bürokratieabbau – auch auf europäischer Ebene – sollen folgen. Des Weiteren will sich die CDU dafür einsetzen, dass die Unternehmensfinanzierung durch Eigenkapital mit Blick auf den Mittelstand und Familienunternehmen steuerlich verbessert und der Nachteil gegenüber der Fremdfinanzierung abgebaut wird. Auch auf europäischer Ebene soll die Wirtschaft wettbewerbsfähig sein. Der Abbau von Subventionen soll hierbei im Vordergrund stehen. (...)

→ **FORTSETZUNG:** Den vollständigen Artikel mit weiteren Positionen, Hintergrundinformationen sowie Quellen erhalten Sie als Abonnent auf **SEITE 3**.

### ANGESCHAFFTE RÜCKSTELLUNGEN MIT PASSIVIERUNGSBESCHRÄNKUNGEN – GESETZGEBUNG GEPLANT →

Die Ausschüsse des Bundesrats haben ihre Beschlussempfehlungen zur Stellungnahme des Bundesrats zum Gemeinnützigkeitsentbürokratisierungsgesetz (GemEntBG) veröffentlicht. Darin sprechen sie sich für eine Neuregelung zur Schuld- bzw. Verpflichtungsübernahme aus.

Die Ausschüsse empfehlen dem Bundesrat, einen neuen § 5 Abs. 7 EStG einzuführen. Dieser sieht vor, dass in der auf die Verpflichtungsübernahme folgenden Schlussbilanz des übernehmenden Unternehmens, die „angeschaffte“ Verpflichtungsrückstellung (teilweise) erfolgswirksam aufzulösen ist. Dies soll mit der Einführung einer Fiktion erreicht werden. (...)

→ **FORTSETZUNG:** Den vollständigen Artikel mit weiteren Positionen, Hintergrundinformationen sowie Quellen erhalten Sie als Abonnent auf **SEITE 4**.

## EDITORIAL

Liebe Leser,

die Union hat auf ihrem Bundesparteitag in Hannover in ihrem Leittrag einige zentrale, derzeit heiß diskutierte steuerpolitische Fragestellungen aufgegriffen. So hat sie sich u. a. gegen die Wiedereinführung der Vermögensteuer sowie eine Erhöhung der Erbschaftsteuer ausgesprochen. Die „kalte Progression“ soll abgeschafft, steuerliche Anreize für die Gebäudesanierung auf den Weg gebracht und die steuerliche Forschungsförderung eingeführt werden.

Einige der beschlossenen Punkte werden eine zentrale Rolle im Wahlkampf spielen, andere stehen noch dieses Jahr im Vermittlungsausschuss auf der Agenda. Dessen nächste Sitzung am Mittwoch nächster Woche wird gerade intensiv vorbereitet. So haben gestern bereits verschiedene Arbeitsgruppen aus Bund und Ländern eruiert, ob und in welche Richtung es eine Einigung geben könnte.

Im Fokus dieser Ausgabe stehen zudem geplante Änderungen im Zusammenhang mit angeschafften Rückstellungen mit Passivierungsbeschränkungen im Rahmen des Gemeinnützigkeitsentbürokratisierungsgesetzes sowie ein kürzlich veröffentlichtes BFH-Urteil zur Verfassungsmäßigkeit der Mindestbesteuerung.



Dr. Tanja Wiebe, LL.M.  
Managing Director FinTax policy advice

## PROBEABONNEMENT

Sie lesen hier die auf die ersten beiden Seiten gekürzte lite-Version des BID. Gerne bieten wir Ihnen an, die vollständige Ausgabe kostenlos und unverbindlich für 4 Wochen zur Probe zu bestellen. Weitere Informationen hierzu auf **SEITE 3**.



## → TOP-ISSUES (Fortsetzung)

### KOMMISSION: MITTEILUNG ZUR BEKÄMPFUNG VON STEUERBETRUG UND STEUERHINTERZIEHUNG →

Die europäische Kommission hat zur Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung auf europäischer Ebene eine Mitteilung und einen Aktionsplan sowie zwei an die Mitgliedstaaten gerichtete Empfehlungen in Bezug auf aggressive Steuerplanung und die weltweite Förderung des verantwortungsvollen Handelns im Steuerbereich ausgearbeitet und diese am 06.12.2012 veröffentlicht.

Sie hält ein gemeinsames Handeln aller EU-Mitgliedstaaten für erforderlich, da der Betrug oftmals grenzüberschreitend organisiert werde. Zwar seien Maßnahmen einzelner Länder wichtig, den gewünschten Erfolg könnten sie allerdings nicht immer erzielen. (...)

→ **FORTSETZUNG:** Den vollständigen Artikel mit weiteren Positionen, Hintergrundinformationen sowie Quellen erhalten Sie als Abonnent auf **SEITE 5**.

### BFH: VERFASSUNGSMÄSSIGKEIT DER MINDESTBESTEUERUNG →

In der vergangenen und in dieser Woche hat der Bundesfinanzhof (BFH) drei Entscheidungen zur Mindestbesteuerung veröffentlicht. Im Folgenden sind die wesentlichen Aspekte beschrieben.

#### 1. Mindestbesteuerung in ihrer Grundkonzeption verfassungsgemäß

Mit Urteil vom 22.08.2012 (I R 9/11) hat der I. Senat des BFH entschieden, dass die sog. Mindestbesteuerung gem. § 10d Abs. 2 EStG "in ihrer Grundkonzeption" und auch infolge des durch den aufgeschobenen Verlustausgleich entstehenden Zinsschadens, nicht verfassungswidrig ist (vgl. hierzu auch die Pressemitteilung des BFH vom 28.11.2012).

Die Klägerin machte im Streitjahr 2004 vor dem Finanzgericht (FG) Berlin-Brandenburg geltend, dass sie den wegen der sog. Mindestbesteuerung nicht ausgleichsfähigen Verlust in der Zukunft nicht mehr nutzen können. (...)

→ **FORTSETZUNG:** Den vollständigen Artikel mit weiteren Positionen, Hintergrundinformationen sowie Quellen erhalten Sie als Abonnent auf **SEITE 5**.

#### DER BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR STEUERPOLITIK

erscheint in Kooperation mit der auf Steuerpolitik spezialisierten Beratung FinTax policy advice. FinTax policy advice berät an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung in dem Bereich der Steuer- und Finanzpolitik. Das Leistungsportfolio reicht vom Monitoring z. B. aktueller Gesetzgebungsverfahren über die Analyse steuer- und finanzpolitischer Sachverhalte bis hin zur Beratung der strategischen Vorgehensweise. Die Leistungen werden individuell auf die Bedürfnisse des Kunden zugeschnitten und zeichnen sich durch Objektivität sowie Neutralität aus. Auf Basis eines Netzwerks auf nationaler und internationaler Ebene unterstützt FinTax Unternehmen, Institutionen und Verbände. Insbesondere auch Gruppen, die in Deutschland keine ausreichende Vertretung haben, z. B. ausländische Investoren, gehören zum Kundenkreis. [www.fintax-pa.de](http://www.fintax-pa.de)

## CONTENT

### → TOP-ISSUES SEITE 1

Bundesparteitag: Die steuerpolitischen Positionen der CDU

Angeschaffte Rückstellungen mit Passivierungsbeschränkungen – Gesetzgebung geplant

Kommission: Mitteilung zur Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung

BFH: Verfassungsmäßigkeit der Mindestbesteuerung

### → STATUS (10.12.12) SEITE 8

Gesetz zur weiteren Vereinfachung des Steuerrechts 2013 (StVereinfG 2013)

Gesetz zur Umsetzung des EuGH-Urteils vom 20.10.2011 in der Rechtssache C-284/09

Entwurf eines Gesetzes zur Entbürokratisierung des Gemeinnützigkeitsrechts

Gesetz zur Verbesserung der steuerlichen Förderung der privaten Altersvorsorge

Gesetz zur Änderung und Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung und des steuerlichen Reisekostenrechts

Jahressteuergesetz 2013

Gesetz zu dem Abkommen zwischen der BRD und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Zusammenarbeit in den Bereichen Steuern und Finanzmarkt

Haushaltsbegleitgesetz 2013

Gesetz zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden

Gesetz zum Abbau der kalten Progression

### → UPCOMING (10.12.-17.12.12) SEITE 18

BUNDESTAG: 214. Sitzung des Deutschen Bundestages zur Verbesserung der steuerlichen Förderung der privaten Altersvorsorge u. a.

BUNDESRAT: 904. Sitzung des Deutschen Bundesrates zum Haushaltsbegleitgesetz 2013 u. a.

VERMITTLUNGS-AUSSCHUSS: Gesetz zum Abbau der kalten Progression u. a.



## → BESTELLFAX AN 030. 20 45 41 -21

ODER FORMLOS PER MAIL AN MAIL@BERLINERINFORMATIONSDIENST.DE

Hier können Sie kostenlos und unverbindlich den Berliner Informationsdienst für vier Wochen zur Probe bestellen. Im Anschluss endet das Probe-Abonnement automatisch und Sie können uns entweder über die kostenlose lite-Variante verbunden bleiben oder sich über das kostenpflichtige Abonnement der Vollversion den vollen Monitoring Service des Berliner Informationsdienstes sichern.

Das Abonnement kostet monatlich 200 Euro zzgl. MwSt. und wird quartalsweise abgerechnet, wobei das Quartal, in dem das Abonnement beginnt, anteilig berechnet wird.

Bei individuellen Wünschen bspw. hinsichtlich der Erstellung in einer anderen Sprache, für ein anderes Politikfeld, mit individuellem Fokus, als Printausgabe, etc. erstellen wir Ihnen gerne ein individuelles Angebot.

Bitte senden Sie mir kostenlos und unverbindlich die folgenden Ausgaben des Berliner Informationsdienstes für vier Wochen zur Probe:

- [BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR ENERGIEPOLITIK](#)
- [BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR GESUNDHEITSPOLITIK](#)
- [BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR NETZPOLITIK](#)
- [BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR STEUERPOLITIK](#)

---

Unternehmen/Institution

---

Ansprechpartner

---

Funktion

---

Telefonnummer

---

Email-Adresse (an die der BID zugestellt werden soll)

## PARLIAMENTARY MONITORING & POLITICAL INTELLIGENCE

Nehmen Sie den Berliner Informationsdienst gerne wörtlich: Wir bieten Ihnen alle Informationen für das politische Berlin als professionelle Dienstleistung. Wir reduzieren die tägliche Informationsflut auf das Elementare – den politischen Prozess – und bieten ein intelligentes politisches Monitoring für Politikberatungen, Unternehmen, Verbände, NGOs, aber auch politische Entscheidungsträger. Pünktlich zum Beginn der Sitzungswochen des Bundestages und Bundesrates bietet der BID branchenspezifisch die Positionen der politischen Akteure und Key Stakeholder zu den Top-Themen der Woche, detaillierte Informationen über parlamentarische Initiativen und Prozesse der Parlamentswoche, den Stand aktueller Gesetzgebungsprozesse und einen Ausblick auf alle politikfeld-relevanten Termine. Der BID informiert über die relevanten Entscheidungen in Bundestag, Bundesrat, Regierung und die Positionen der politischen Akteure und direkten Stakeholder. Der Berliner Informationsdienst erscheint für die Themenfelder Energiepolitik, Gesundheitspolitik, Netzpolitik sowie Steuerpolitik und wird herausgegeben von dem think tank polisphere. Weitere Informationen finden Sie unter:

[www.berlinerinformationsdienst.de](http://www.berlinerinformationsdienst.de)

## REDAKTION

Für allgemeine Fragen zum Berliner Informationsdienst steht Ihnen die Herausgeberin zur Verfügung:

Dr. Sandra Busch-Janser, [sbj@polisphere.eu](mailto:sbj@polisphere.eu), 030.20 45 41 -22

Inhaltliche Fragen beantwortet Ihnen gerne Ihr persönlicher Ansprechpartner:

für Energiepolitik:  
Lillemor Ullrich, [lu@polisphere.eu](mailto:lu@polisphere.eu), -26

für Gesundheitspolitik:  
Roberta Wendt, [rw@polisphere.eu](mailto:rw@polisphere.eu), -27

für Netzpolitik:  
Aylin Ünal, [au@polisphere.eu](mailto:au@polisphere.eu), -20

für Steuerpolitik:  
Dr. Tanja Wiebe, [tw@polisphere.eu](mailto:tw@polisphere.eu), -20

## IMPRINT

Herausgeber: **polisphere e.V.**  
Friedrichstr. 60, D-10117 Berlin  
0049. 30. 20 45 41 -20 (Tel.) -21 (Fax)

[berlin@polisphere.eu](mailto:berlin@polisphere.eu)  
[www.polisphere.eu](http://www.polisphere.eu)